

SPD und Grüne wollen Regionalplan verändern

Weniger Flächenverbrauch gefordert / Anträge müssen in diesem Jahr beraten werden, um Zeitplan einzuhalten

mch. RHEIN-MAIN. Die Frankfurter werden voraussichtlich das letzte Wort haben. Sie verfügen als größte Stadt der Region einfach über die meisten Stimmen. Doch in den nächsten Sitzungen von Regionalversammlung und Planungsverband sind alle Gremienmitglieder aufgefordert, zur Kritik Frankfurts an der geplanten Flächenentwicklung in der Region Stellung zu beziehen: 174 Kommunalpolitiker an der Zahl, 75 im Planungsverband, 99 in der Regionalversammlung. Sie entscheiden darüber, ob es im regionalen Flächennutzungsplan bei den ausgewiesenen 2750 Hektar für mögliche Gewerbegebiete bleibt, obwohl der Bedarf bis zum Jahr 2020 vom Planungsverband auf 490 Hektar beziffert wurde. Und ob die Region 3330 Hektar Wohnbauflächen braucht, obwohl die Bevölkerung in den nächsten Jahren höchstens um 2,5 Prozent wachsen wird.

SPD und Grüne haben Änderungsanträge vorgelegt. Die Regionalversammlung Südhessen tagt in der nächsten Woche, die Verbandsversammlung noch einmal im Dezember. Umfangreiche Änderungswünsche müssten zu diesem Zeitpunkt beschlossen werden. Denn die Geschäftsstelle der Regionalversammlung und der Planungsverband - die die Änderungen einarbeiten müssen - dringen darauf, den Zeitplan einzuhalten. Im Mai 2008 soll der Regionalplan als Entwurf beschlossen werden. Im Herbst würde er dann ausliegen, damit Kommunen, Bürger und Verbände Stellung nehmen könnten.

Die Änderungswünsche sind beachtlich und mit enormem Arbeitsaufwand verbunden. Die SPD fordert die Überprüfung aller Zahlen und Flächen, wie Fraktionschef Gerhard Weinrich sagte. Man wolle sich auf die Frankfurter Position einstimmen: "Wir müssen die Flächen erheblich zurückfahren." Schon vor einem Jahr hatte die SPD gefordert, die potentiellen Baugebiete um zehn Prozent zu reduzieren. Jetzt will sie darüber hinaus, dass die Wohnbauflächen klassifiziert werden: Es soll im Plan erkennbar werden, wie viele Baugrundstücke eine Stadt oder Gemeinde für die Eigenentwicklung, also für die Wünsche ihrer Bevölkerung, braucht und wie viel Flächenangebot sich an Auswärtige richtet.

Die Flächen für Gewerbe, die im Plan zurzeit fast das Fünffache des errechneten Bedarfs ausmachten, sollten auf das Niveau des derzeit geltenden Regionalplans abgesenkt werden. Dies wären 400 Hektar weniger als bisher vorgesehen. Das klingt angesichts der Gesamtsumme von 2750 Hektar nicht nach viel. Doch es entspräche fast den Flächen, die die Stadt Frankfurt als neue Gewerbegebiete ausweisen möchte.

Die Grünen haben einen weiter gehenden Vorschlag. Der Erste Beigeordnete im Planungsverband, der Grünen-Politiker Jens Scheller, hält die Diskussion über Einzelflächen nicht nur aus praktischen und verwaltungstechnischen Erfahrungen für ungeeignet. Seiner Ansicht nach ist eine solche Herangehensweise politisch zum Scheitern verurteilt: Wenn eine Fläche erst einmal als potentiell Bauland im Gespräch sei, gelinge es Parlamenten und Bürgermeistern kaum, sie wieder zur reinen Acker- oder Wiesenfläche zurückzustufen. "Jede einmal in einen Plan aufgenommene Fläche findet ihren Advokaten", so der Grünen-Politiker. Jeder Grundbesitzer werde seinen Einfluss geltend machen.

"Die Debatte um die Reduzierung von Flächen ist nicht zu gewinnen." Scheller fordert deshalb, eine neue Systematik in der Regionalplanung einzuführen: Er will die genannte Zahl von Flächen belassen, allerdings jeder Kommune ein festes, knapp bemessenes Kontingent zuschreiben. Auf welcher Fläche die jeweilige Stadt oder Gemeinde dann Bauwünsche realisieren, läge im Ermessensspielraum der einzelnen Kommune. Nur wenn sie mehr als die kontingentierten Neubau- oder Gewerbegebiete wolle, müsste sie die Region um die Bewilligung weiterer Flächen bitten, auch wenn diese schon im Plan enthalten seien.

Der von den Kommunen geforderte Spielraum, um Investoren bedienen zu können, sei damit gewährt, meint Scheller. Doch gleichzeitig werde der Flächenverbrauch eingeschränkt, es gebe wieder eine regionalpolitische Steuerung.

Die SPD beurteilt den Vorschlag der Grünen skeptisch. Es habe schon einmal vor 20 Jahren den Versuch gegeben, die Flächen in der Region in zwei Entwicklungsstufen zu staffeln. Doch von den Städten und Gemeinden seien alle Baugebiete

schnell in Anspruch genommen worden. SPD-Fraktionschef Gerhard Weinrich ist deshalb überzeugt: "Was im Plan drin ist, wird auch genutzt."

Text: F.A.Z., 25.10.2007, Nr. 248 / Seite 55
